

Jahrgang 72, 2023, Heft 1 – Inhalt

EDITORIAL	1
HAUSMITTEILUNG	3
ONLINE ARCHIV	
Gefährdung der demokratischen Gesellschaft	6
INTERVIEW	
<i>Stefan Immerfall</i> im Interview mit <i>Hans-Peter Blossfeld</i> Bildungswege beobachten. Vom Nutzen eines sozialwissenschaftlichen Langzeitprojekts	7
AKTUELLE ANALYSEN	
<i>Roland Sturm</i> Kommt der deutsch-französische Motor der europäischen Integration wieder in Gang?	17
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE	
<i>Jens van Scherpenberg</i> Re-Nationalisierung und Versicherheitlichung der Wirtschaftspolitik: Zerreißprobe für die EU und die internationale Handelsordnung	23
FACHAUFSÄTZE	
<i>Andreas Nölke</i> Kapitalismus nach der Corona-Krise: Das Revival des Staates	31
<i>Uwe Backes</i> Gehört die Zukunft den Autokratien?	41
<i>Sara Holzmann</i> und <i>Thieß Petersen</i> Nachhaltiger Wohlstand für alle – Wirtschaftspolitische Ziele und Zielkonflikte in der ökologischen Transformation	52
<i>Sebastian Jäckle</i> und <i>Uwe Wagschal</i> Politisches Vertrauen in Zeiten der Corona-Pandemie	63

Patrick Horst

Die Halbzeitwahlen 2022 in den USA

Ein Referendum gegen Trump und das Abtreibungsurteil des Obersten

Gerichts 78

ESSAY

Manfred G. Schmidt

Zur Lage der Demokratie in Deutschland 91

KONTROVERS DOKUMENTIERT

Edmund Budrich

Streit um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 103

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Florian Weber-Stein und Joachim Engel

Digitale tools zum Einsatz von Statistiken im Politikunterricht.

Exploration, Analyse und Visualisierung von sozialwissenschaftlichen Daten 111

DAS BESONDERE BUCH

Helmar Schöne

Vom Niedergangsszenario zu hoffnungsvollen Perspektiven.

Über die Entwicklung der (Post)Demokratie in der letzten Dekade.

Über Colin Crouchs „Postdemokratie revisited“ 125

REZENSIONEN

Sibylle Reinhardt

Christian Fischer/Sandra Tänzer: Heimatkunde in der DDR. Didaktische

Ansätze und Spannungsfelder. Bad Heilbrunn: 2021 130

Sibylle Reinhardt

Steve Kenner: Politische Bildung in Aktion. Eine qualitative Studie zur

Rekonstruktion von selbstbestimmten Bildungserfahrungen in politischen

Jugendinitiativen. Wiesbaden: 2021 131

Autorinnen und Autoren 132

Bildungswege beobachten. Vom Nutzen eines sozialwissenschaftlichen Langzeitprojekts

Stefan Immerfall im Interview mit Hans-Peter Blossfeld

Das in Bamberg angesiedelte Nationale Bildungspanel (NEPS; <https://www.neps-data.de/>) ist die größte Langzeit-Bildungsstudie in Europa. Seit über zwölf Jahren untersucht es Bildungsverläufe vom Säuglings- bis ins Rentenalter. Stefan Immerfall sprach mit dem Soziologen Hans-Peter Blossfeld, dem Gründer und langjährigem Leiter des NEPS, über Entstehung und Ertrag des sozialwissenschaftlichen Großforschungsprojekts.

I: Herr Professor Blossfeld, Sie gelten als Spiritus rector hinter dem NEPS. Wie kam es dazu?

B: Ja, das kann man so sagen. Ich habe das NEPS aufgebaut und meine Netzwerke eingesetzt, um es so zu strukturieren, wie es jetzt dasteht. Aber natürlich war ich dabei nicht allein. Es war eine große Forschergruppe mit Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Disziplinen. Man findet die wissenschaftlichen Kompetenzen, die man braucht, um Bildung im Lebenslauf zu untersuchen, nicht in einer einzigen Forschungsinstitution. Wir brauchten für das NEPS-Projekt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Kenntnisse im Vorschulbereich haben, das deutsche Schulsystem verstehen, die Erwachsenenbildung und berufliche Bildung kennen und die Experten der Arbeitsmarktforschung sind. Ich hatte glücklicherweise ein ausgedehntes Netzwerk von Kolleginnen und Kollegen, die ich im Laufe meiner Karriere kennen und schätzen gelernt habe.

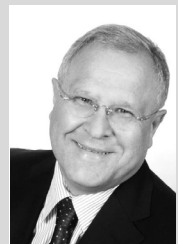
I: Warum war Ihrer Meinung nach eine neue, noch dazu so teure Einrichtung notwendig?

B: Man muss sich zurückversetzen in die Zeit Anfang der 2000er-Jahre, als die erste PISA-Studie herauskam und großes Aufsehen in Deutschland erregte, weil die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in PISA nicht so gut waren, wie das viele Leute



Stefan Immerfall

Professor für Soziologie an
der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd



Hans-Peter Blossfeld, Prof., Dr. rer. pol. Dr. h.c.,
seit April 2020 Emeritus of Excellence am Graduate Centre
Trimberg Research Academy (TRAc)
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

erwartet hatten. Deshalb war man an der Frage interessiert, warum die Schülerinnen und Schüler nicht so gut waren, wie viele erwartet hatten. Diese Frage kann man aber mit den PISA-Daten nur sehr eingeschränkt beantworten, weil PISA eine Querschnittsstudie ist und außerdem nur eine Altersgruppe, die 15-Jährigen, untersucht. Das heißt, die aufeinander folgenden PISA-Studien vergleichen zwar Personen der gleichen Altersgruppe, aber es sind immer andere Personen. Wenn sich aber die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler über die Zeit (z.B. durch Migration) ändert oder die Umstände in der Erhebungszeit variieren (z.B. durch Corona), dann ändern sich natürlich auch die Ergebnisse von PISA und man weiß dann nicht, ob Schulreformen oder andere Umstände dafür verantwortlich sind.

Um die zeitliche Ordnung dieser verschiedenen Einflüsse besser zu verstehen und zu erklären, braucht man eine Längsschnittuntersuchung, in der man die gleichen Individuen über einen längeren Zeitraum verfolgt und immer wieder testet. Man geht damit also von verschiedenen Fotos zu einem Film über. Das war die Grundidee des NEPS.

I: Aber kann man die Kompetenzen nicht einfach mit den Schulnoten erfassen?

B: Noten sind ein sehr spezifischer Indikator für Qualifikationen von Schülerinnen und Schülern, weil sie z.B. stark von Lehrerinnen und Lehrern beeinflusst werden. Auch Schulklassenkompositionen, Schulkontexte und Bundesländer spielen eine große Rolle für die Notenvergabe, sodass man ein objektiveres Maß braucht, die Qualifikationen und ihre Veränderungen zu messen. In dieser Hinsicht hat PISA etwas Innovatives geleistet; auch weil sich PISA auf Kompetenzen für den Alltag konzentriert hat, d.h. Kenntnisse, die Bürger in einer modernen Arbeitswelt und einer demokratischen Gesellschaft brauchen. Und das ist bei PISA relativ differenziert gelungen in verschiedenen Domänen wie Lesen, Rechnen bis hin zu Kompetenzen hinsichtlich der modernen Kommunikations- und Informationstechnologien. Auch hat diese hoch standardisierte Vorgehensweise den Vorteil, dass man die Ergebnisse international vergleichen kann.

Diesen Kompetenzansatz wollten wir im NEPS aufnehmen. Aber wir wollten auch wissen, wie sich die Kompetenzen bei den Schülern und Schülerinnen über die Zeit, von einem Schuljahr zum nächsten oder dann später im Berufsleben entwickeln. Die Idee war, möglichst früh im Leben mit der Messung zu beginnen, also schon im Babyalter anzufangen und dann bis ins hohe Erwachsenenalter zu gehen, um zu sehen, wie lebenslanges Lernen abläuft (im Beruf, in der Freizeit und später, wenn man verrentet ist). Bildung wird im NEPS als lebenslanger Prozess gesehen!

Eine weitere Besonderheit von NEPS ist die Kontextualisierung. Das heißt, man schaut sich genau an, in welchen Lernumwelten die Schülerinnen und Schüler sich entwickeln. Welche Erfahrungen sie machen, die sich dann widerspiegeln in der differenzierten Kompetenzentwicklung, sodass man sehen kann, welchen Einfluss etwa die Familie, Freunde oder Stadt/Land-Unterschiede haben? Und ja, auch die historischen und institutionellen Rahmenbedingungen, in der aufeinander folgende Generationen aufwachsen, sind für Bildungsprozesse von großer Bedeutung. Das sind alles Fragen, die man damals auf der Grundlage von PISA gestellt hat, die aber vom Design her nur durch die NEPS-Studie zu beantworten sind.

Kommt der deutsch-französische Motor der europäischen Integration wieder in Gang?

Roland Sturm

Eine Frage begleitet die europäische Integration seit ihren Anfängen. Peter Graf Kielmansegg umschrieb das bis heute ungeklärte Ziel, die Finalität des europäischen Zusammenwachses, mit der Formulierung „Wohin des Wegs, Europa?“¹. Die europäischen Verträge helfen nur begrenzt, will man dieses Rätsel lösen. In der Präambel des Lissabon-Vertrags von 2009 wird von einer „immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden“ gesprochen. Eine klare Aufgabenstellung ergibt sich aus dieser Formulierung nicht. Der Brexit und die vorausgehenden Verhandlungen des britischen Premierministers David Cameron zeigten, dass sich hier Konfliktstoff verbirgt. Wer, wie die britische Regierung, die europäische Staatlichkeit ablehnt und die europäische Integration auf die Erweiterung des Binnenmarktes beschränken möchte, lehnt die pauschale Integrationsidee ab. Um Großbritannien in der EU zu halten, wurde Cameron² bei nächster Gelegenheit eine Änderung des Lissabon-Vertrages zugesagt, die festschreiben sollte, dass die Formel von der immer

engeren Union als Ziel der EU auf das Vereinigte Königreich nicht mehr zutrifft. Das Vereinigte Königreich erhielt darüber hinaus die Zusage, dass gegen seinen Willen der Londoner City keine Regulierungseingriffe vorgeschrieben werden können und dass die EU eine Vertiefung und Entbürokratisierung des Binnenmarktes anstrebt. Nationalen Parlamenten wurde ein suspensives Veto für die EU-Gesetzgebung in Aussicht gestellt. Wie wir heute wissen, haben diese Zugeständnisse den Brexit nicht verhindert.

Wohin soll sich die EU also entwickeln? Putins Krieg hat 2022 das Entstehen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) provoziert, als Abwehrpakt untereinander nicht immer einiger europäischer Staaten gegen die russische Aggression – eine Idee des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Für die EU ist eine Gemeinschaft von unabhängigen Nationalstaaten keine Alternative. Zu weit ist die europäische Integration schon fortgeschritten – man denke unter vielen anderen Eckpfeilern von Staatlichkeit nur an die Gemeinschaftswährung Euro. Die EPG kann also nicht die Antwort auf die Finalitätsfrage



Prof. i. R. Dr. Roland Sturm
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft und
GWP-Herausgeber

Re-Nationalisierung und Versicherheitlichung der Wirtschaftspolitik: Zerreißprobe für die EU und die internationale Handelsordnung

Jens van Scherpenberg

Politikwissenschaftliche Krisenforscher haben einen neuen Begriff in die Welt gesetzt, der von den Medien begierig aufgegriffen worden ist: die „Polykrise“. Was sie ausdrücken soll: das Nebeneinander mehrerer jeweils für sich schon gravierender Krisen: Ukrainekrieg, Energiekrise, globale Lieferkettenprobleme aufgrund der Covid19-Epidemie in China, Inflation und Rezession in den westlichen Industriestaaten, zunehmende Deglobalisierungstendenzen und wachsender Protektionismus wichtiger Handelspartner wie der USA – die Liste ist offen. Zugleich soll dieser Begriff aber auch die Hilflosigkeit der Politik gegenüber diesem Ansturm mehrerer Krisen ausdrücken. Hilflosigkeit äußert sich in der Politik oft allerdings nicht im Nichtstun – das manchmal besser wäre –, sondern im Rückzug in die Sphäre, die sich kontrollieren lässt, die nationale Ebene, auf der es nunmehr vor allem um nationale Souveränität und Sicherheit geht. Opfer sind die reibungslosen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, und so manche bislang gut funktionierende zwischenstaatliche Strukturen und Institutionen, die diese Beziehungen regelten.

In der EU werden erneut die Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich stark von dieser Verkettung von Krisen getroffen, aber staatliche Ressourcen zur Linderung der Not für Verbraucher und Unternehmen werden derzeit nicht gemeinschaftlich aufgebracht, sondern national, je nach der gegebenen Kreditmacht und Verschuldungsfähigkeit des einzelnen Mitgliedslandes. Die Schere zwischen wirtschaftlich starken und schwachen EU-Mitgliedern wächst damit weiter.

In den transatlantischen Beziehungen kommt es statt des Versuchs, das von Trump auf Eis gelegte umfassende Handelsabkommen TTIP zu reaktivieren, zu einem verstärkten Protektionsmus der USA. Die dort mit dem „Inflation Reduction Act“ bereitgestellten mehreren hundert Milliarden Dollar an Subventionen in alle Sektoren, die irgendwie zur Abmilderung des Klimawandels beitragen, sind an strikte „buy American“-Klauseln gebunden. Importe aus der EU unterliegen damit massiven Wettbewerbsnachteilen.

Dass diese Gesetzgebung gegen die Bestimmungen der Welthandelsordnung verstößt, ist faktisch bedeutungslos, da die USA durch die Blo-



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für
Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

Kapitalismus nach der Corona-Krise: Das Revival des Staates

Andreas Nölke

Zusammenfassung:

Die Corona-Krise hat zu einer deutlichen Zunahme staatlicher Interventionen in die Wirtschaft geführt, sowohl in der nationalen Wirtschaftspolitik, als auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Diese Tendenz – und die damit verbundene Hinwendung zum organisierten Kapitalismus – setzt sich auch nach der Corona-Krise fort, insbesondere aufgrund der russischen Invasion der Ukraine und der Entkopplung zwischen den Wirtschaftsräumen Chinas und der USA.

Die Gesundheitskrise ist zwar auch 2023 noch nicht vollkommen ausgestanden, aber inzwischen sind wir in der Lage, eine Bilanz der Auswirkungen der Krise – und der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung – auf unser Wirtschaftssystem zu ziehen.¹ Eine solche Bilanz fällt angesichts der Komplexität der Corona-Pandemie – gleichzeitig eine Gesundheits-, Wirtschafts-, Sozial- und Politikkrise – nicht leicht. Ein Aspekt fällt allerdings bei der Analyse auf, da er sich durch eine Vielfalt von Politikfeldern zieht, nämlich die im Kontext der Pandemie stark zunehmende Rolle des Staates in der Wirtschaft. Nachfolgend werde ich diese Veränderung in vier Schritten dokumentieren. Zunächst demonstriere ich die zunehmende Intensität von Staatseingriffen im Bereich der nationalen Wirtschaftspolitik, bevor ich mich in einem zweiten Schritt mit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen beschäftige. In einem dritten Schritt werde ich zeigen, dass sich diese Tendenz in jüngster Zeit nochmals intensiviert hat, im Kontext des Ukraine-Kriegs und dem „Decoupling“ zwischen China und den USA, um diese Entwicklungen schließlich in den Kontext einer zunehmenden Herausforde-



Prof. Dr. Andreas Nölke

Professur für Politikwissenschaft, insbesondere internationale Beziehungen
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

rung der liberalen Wirtschaftsordnung und dem Übergang von einer liberalen zu einer organisierten Kapitalismusphase zu stellen.

Die Corona-Krise hat zum schwersten wirtschaftlichen Einbruch seit vielen Jahrzehnten geführt, weit gravierender noch als Eurokrise und Globale Finanzkrise. Viel wichtiger als die Frage nach den unmittelbaren Wirkungen der wirtschaftlichen Krise ist allerdings jene nach den strukturellen Veränderungen, die diese längerfristig auslösen wird. Schwere Wirtschaftskrisen waren in der Vergangenheit regelmäßig Katalysatoren für weitreichende Umwälzungen. So führte die Große Depression der späten 1920er Jahre in den USA zum New Deal, aber andernorts auch zum Aufstieg des Faschismus. Die Ölkrise der 1970er Jahre und die folgende Stagflationsperiode hatten einen nicht geringen Beitrag am Aufstieg des Neoliberalismus ab den 1980er Jahren. Wahrscheinlich wird auch die Große Rezession, die auf die ursprüngliche Gesundheitskrise folgte, zu fundamentalen Veränderungen im globalen Kapitalismus führen.

Viele politische Optionen, die in „normalen Zeiten“ vollkommen undenkbar erscheinen, werden in einer Krisensituation einfach umgesetzt. Wir machten diese Erfahrung bereits kurz nach Anbruch der neuen Krise, als viele Regierungen des Globalen Nordens zuvor utopische Maßnahmen wie die garantierte Weiterzahlung bisheriger Löhne und Gehälter ermöglichten. Während solche Maßnahmen in Form des Kurzarbeitergeldes in Deutschland bereits seit längerem etabliert sind und beispielsweise auch zur Abfederung der globalen Finanzkrise eingesetzt wurden, waren sie in Ländern wie Großbritannien bisher präzedenzlos. Die Einführung des „Coronavirus Job Retention Schemes“ – umgangssprachlich als „furlough“, also als „Zwangsururlaub“ bezeichnet – sicherte in der Krise dort den Lebensstandard vieler Arbeitnehmer:innen mit mittleren Einkommen.

1 Veränderungen in der nationalen Wirtschaftspolitik

Ein zweiter Bereich neben der Kompensation von Einnahmeausfällen bei Arbeitnehmer:innen sind staatliche Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen während der Corona-Krise, wieder insbesondere im Globalen Norden. Hier hatten einige EU-Mitgliedsstaaten wie beispielsweise Deutschland oder Österreich die gesundheitliche Krise zunächst besser überstanden als andere. Allerdings bedrohte in der Folge die globale Rezession ihre stark exportgestützten Volkswirtschaften sehr. Um den wirtschaftlichen Schaden zu reduzieren, nutzen sie nun ihre vergleichsweise solide fiskalische Situation für sehr große Unterstützungsprogramme zugunsten der einheimischen Industrie, toleriert von einer in Wettbewerbsfragen ausnahmsweise vergleichsweise großzügigen Europäischen Kommission. Bis Mitte Mai 2020 beispielsweise stammten etwa 50 Prozent aller Staatshilfen in der Europäischen Union aus Deutschland (Finke 2020). Vielen süd- und osteuropäischen Ökonomien fehlten für diese Strategie die fiskalischen Mittel.

Die Corona-Krise führte – ohne größere Kontroverse – zu einer Wiederentdeckung der Industriepolitik. Diese Entwicklung ist besonders deswegen bemerkenswert, weil diese Form von Intervention für einige Jahrzehnte völlig verpönt war – der

Gehört die Zukunft den Autokratien?

Uwe Backes

Zusammenfassung

Autokratien sind politische Systeme ohne effektive Gewaltenkontrollen. Nicht alle, aber manche von ihnen gewinnen durch gute Leistungen Akzeptanz und können so große Teile der Bevölkerung dauerhaft integrieren. Ein demokratisches „Ende der Geschichte“ ist folglich zweifelhaft, solange sich Menschen in autokratische Strukturen fügen und den Genuss erworbener Güter mehr schätzen als die Entfaltungschancen politischer Selbstbestimmung.¹

„The Global Expansion of Authoritarian Rule“ lautet der Titel des 2022 veröffentlichten Berichts der Washingtoner NGO „Freedom House“. Das 16. Jahr in Folge sei der Anteil der in „freien“ Staaten lebenden Menschen gesunken (auf rund 20 Prozent), während etwa 36 Prozent der Weltbevölkerung unter „unfreien“ Bedingungen lebten (Repucci/Slipowitz 2022: 1). Zwischen beiden Bereichen erstreckt sich eine Übergangszone variantenreicher Regime, die als „teilweise frei“ gelten. Viele von ihnen können ebenfalls als Autokratien (oder Diktaturen) gelten, wenn man sie mit Karl Loewenstein (1959) als politische Systeme fasst, die durch das Fehlen effektiver Gewaltenkontrollen gekennzeichnet sind. Eine „Superexekutive“ beherrscht staatliche Institutionen und Gesellschaft auf eine Weise, dass ihre Machtstellung weder durch Opposition noch durch kritische Medien in Gefahr gerät.

Nicht bewahrheitet hat sich Francis Fukuyamas optimistische Vorhersage angesichts des Niedergangs realsozialistischer Autokratien in Europa: Die normative „Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als der endgültigen Form poli-



Prof. Dr. Uwe Backes

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung,
Technische Universität Dresden

tischer Ordnung“ (Fukuyama 1989: 4) sei unabwendbar. Stattdessen erzielen demokratiegefährdende Populismen Resonanzgewinne in zahlreichen Demokratien – und tragen/trugen zum Qualitätsverlust freiheitlicher Ordnung bei. Zugleich betreibt ein „technokratischer Autoritarismus“ („China Modell“) zunehmend „aktive Diffusionspolitik“ (Zürn 2022: 108), um weltweit an Attraktivität zu gewinnen.

Die Frage nach der „Zukunft der Autokratien“ überfordert die Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften und lässt sich weder pauschal bejahen noch verneinen. Denn die Zukunftsfähigkeit der Ordnungsformen ist interdependent: Sind die freiheitlichen Demokratien so schwach oder die Autokratien so stark? Dieser Beitrag untersucht eine Seite dieser komplexen Wechselbeziehung, indem er sich den Gründen für die Robustheit mancher autokratischer Regime zuwendet. Dabei werden Aspekte der Herrschaftslegitimation ebenso beachtet wie herrschaftsstrukturelle Qualitäten. Auf der Ebene der Herrschaftslegitimation können Despotien (Machtakкумуляtion und Selbstbereicherung als Herrschaftsziele; Beispiele: Turkmenistan, Nicaragua), absolute Monarchien (dynastische Legitimation; Beispiele: Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Marokko), autoritäre Regime (Rekurs auf traditionale „Mentalitäten“: Sicherheit, Ordnung, kontrollierte Modernisierung etc.; Beispiele: Belarus, Singapur) und Weltanschauungsdiktaturen/Ideokratien (Staatsideologie mit hoher Aussagenreichweite und chiliastischen Tendenzen; Beispiele: Nordkorea, Islamische Republik Iran) unterschieden werden. Auf der Ebene der Herrschaftsstruktur lassen sich Autokratien nach ihren Herrschaftsträgern (etwa: Militärregime wie Myanmar, Algerien, Pakistan) oder dem Ausmaß des Personalismus/Klientelismus (charismatische oder kollektive Führung, Verhältnis formaler und informeller Institutionen) unterscheiden. Zudem finden sich zahlreiche Übergangsformen und „Hybride“ mit beachtlicher Stabilität. Angesichts dieser Formenvielfalt gibt es nicht „den“ entscheidenden Erklärungsfaktor für die Robustheit von Autokratien, sondern situativ sich entfaltende Stärken, die im Systemwettbewerb und unter Stress Regimestabilität bewirken und einen Regimesturz verhindern.

1 Stabilisierende Legitimationsmodi

Wer argumentiert, autokratische Eliten hätten ihre Untertanen über lange Zeiträume vorsätzlich in Armut und Unwissenheit gehalten, um ihre Herrschaft mithilfe von Mythen und religiösen Trugbildern zu legitimieren, erfasst zweifellos eine wichtige Komponente autokratischer Herrschaftslegitimation. Denn autokratische Führungszirkel fürchten Situationen, in denen die kunstvoll errichtete Legitimationsfassade einstürzt. Die Offenbarung systemischer Korruption beispielsweise kann ein wirkungsvolles Instrument der Herrschaftsstabilisierung in sein Gegenteil verkehren. Der Nowitschok-Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny (August 2020) sollte einen populären Gegner des Kremls zum Schweigen bringen, dessen Antikorruptionsfeldzug als Gefahr für die Unterstützung des Putin-Regimes galt. Nawalny rächte sich vor seiner tollkühnen Rückkehr (und Inhaftierung) mit einem Enthüllungsfilm über Putins Selbstbereicherungspraktiken und seinen geheimen Protzpalast an der

Nachhaltiger Wohlstand für alle – Wirtschaftspolitische Ziele und Zielkonflikte in der ökologischen Transformation

Sara Holzmann und Thieß Petersen

Zusammenfassung

Die Eindämmung der Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit, denn die Zerstörung planetarer Lebensgrundlagen führt unweigerlich zu einem erheblichen Verlust an Lebensqualität und Wohlstand unserer und zukünftiger Generationen. Doch das aktuelle Wirtschaftsmodell basiert auf dem übermäßigen Verbrauch natürlicher Ressourcen, der Zerstörung von Lebensräumen und der Emission von Treibhausgasen. Um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, ist es dringend notwendig, unsere Wirtschaftsweise grundlegend umzubauen. Doch die ökologische Transformation verursacht und verschärft Zielkonflikte zwischen verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielen einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft.

Die Folgen der sich zuspitzenden Klimakrise machen immer deutlicher, dass es in Zukunft darum gehen muss, einen *nachhaltigen Wohlstand für alle* zu erreichen. Doch nicht zuletzt die UN-Klimakonferenz im November 2022 in Ägypten hat gezeigt, dass viele klimapolitische Ziele und Maßnahmen nicht nur zu wenig ambitioniert sind, sondern auch unzureichend umgesetzt werden. Auch Deutschland hinkt den eigenen klimapolitischen Ansprüchen hinterher. Diese Versäumnisse verdeutlichen, dass es einen Paradigmenwechsel braucht. Denn unser aktuelles Wirtschaftsmodell vermag es nicht, die natürlichen Lebensgrundlagen, auf denen unser Wohlstand und unsere Lebensqualität beruhen, ausreichend zu schützen. Die dynamischen Herausforderungen der Gegenwart machen dabei die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft als das jahrzehntelange Leitbild der deutschen Wirtschaftspolitik unausweichlich.



Sara Holzmann

Project Manager Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Dr. Thieß Petersen

Senior Advisor
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

1 Update des wirtschaftspolitischen Zielsystems

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wurden 1967 vier wirtschaftspolitische Ziele festgeschrieben, die im Zentrum der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland stehen: „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“, „stabiles Preisniveau“, „hoher Beschäftigungsstand“ und „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“. Dieses Zielsystem erhielt den Zusatz „magisch“, weil die vier gleichrangig angestrebten Ziele aufgrund möglicher Unvereinbarkeiten nicht gleichzeitig erreichbar sind.

Aus heutiger Perspektive ist dieses „Magische Viereck“ nicht obsolet geworden, dennoch ist eine Ergänzung des Zielsystems sowie eine Neubewertung und Umgewichtung seiner Zielparameter aus vielerlei Gründen notwendig. Es fehlt das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit als grundlegende Voraussetzung für Lebensqualität und Wohlstand zukünftiger Generationen. Anstelle des Wirtschaftswachstums an und für sich sollte vielmehr der größtmögliche, innerhalb der planetaren Grenzen erzeugbare materielle Wohlstand angestrebt werden. Auch die faire gesellschaftliche Verteilung des (materiellen) Wohlstands muss ein zentraler Bestandteil eines zeitgemäßen Zielsystems sein. Im Kontext von globalen Krisen, Kriegen und Konflikten bedarf es zudem eines neuen Verständnisses eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, welches jenseits der Differenz zwischen Importen und Exporten auch geopolitische Risiken und kritische Abhängigkeiten berücksichtigt.

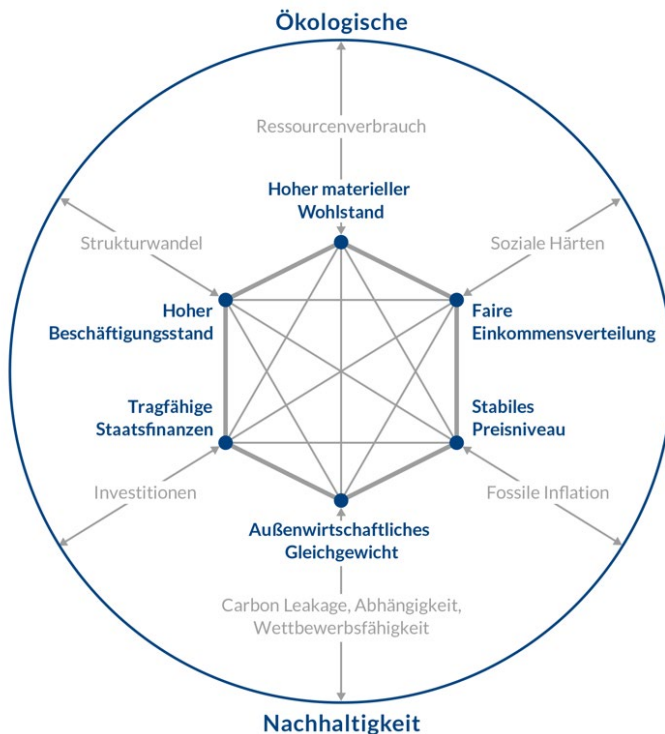


Abbildung 1: Zielsystem einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft.
Quelle: Holzmann et al. 2022.

Politisches Vertrauen in Zeiten der Corona-Pandemie

Sebastian Jäckle und Uwe Wagschal

Zusammenfassung

Dieser Artikel fokussiert vor dem Hintergrund der Corona-Krise auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Basierend auf drei Online-Umfragewellen, die zwischen Mai 2020 und Februar 2021 durchgeführt wurden, wird das spezifischen Politikvertrauen in die Hauptentscheidungsträger:innen sowie das generalisierte Politikvertrauen in das politische System analysiert.

1 Einleitung

Die Polarisierung der Gesellschaft nimmt seit Jahren zu, wie auch neuere Umfrageergebnisse zeigen (Back et al., 2021). Die Corona-Pandemie kann als Katalysator dieses Prozesses aufgefasst werden. Zahlreiche Demonstrationen, mitunter gewalttätige Proteste, die Verlagerung des Diskurses in untereinander nicht mehr miteinander kommunizierende Echokammern im Internet und die Radikalität, mit der die eigenen Positionen dort vertreten werden, sind Erscheinungen dieses Strukturwandels der politischen Kommunikation (Cinelli et al., 2021). Die Corona-Pandemie wird dabei zum Teil nicht nur als eine Krise des Gesundheitssystems wahrgenommen, sondern als Krise des gesamten politischen Systems. Dieser Aufsatz nimmt mit dem Vertrauen in die Politik den Kern dieser Entwicklung in den Fokus und zeigt auf, wie sich dieses Vertrauen während des ersten Jahres der Corona-Krise in Deutschland entwickelt hat und welche Faktoren es beeinflusst haben.

Hierfür werden auf Basis von drei Wellen eines Online-Panels (Mai 2020, Nov. 2020 und Feb. 2021) sowohl das spezifische Vertrauen in die konkreten Hauptent-



Dr. Sebastian Jäckle
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Universität Freiburg



Prof. Dr. Uwe Wagschal
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Universität Freiburg

scheidungsträger:innen während der Pandemie als auch das stärker generalisierte Politikvertrauen, operationalisiert über das Vertrauen in weitere gesellschaftspolitische Akteur:innen und Institutionen, betrachtet. Hauptziel der Arbeit ist es, diejenigen Faktoren auf individueller Ebene zu identifizieren, die mit diesen beiden Vertrauenskategorien zusammenhängen. Als erklärende Variablen werden primär die politische Einstellung, die Belastung durch Corona sowie das Vertrauen in klassische und soziale Medien als Informationsquelle in den Blick genommen.

2 Theoretische Basis – Vertrauen in der Politik

In der Demokratieforschung gilt das politische Vertrauen als wichtige Steuerungs- und Lenkungsressource für die Exekutive. Vertrauen in die Kerninstitutionen des Staates und in die wichtigsten Entscheidungsträger:innen unterstützt die Legitimation des politischen Systems und hängt eng mit Indikatoren von *Good-Governance* zusammen (Hartmann & Offe, 2001; Wagschal, 2019). Auch im Beziehungsgeflecht von *accountability* und *responsibility* basiert die Bindung zu den Parteien und letztlich zur Exekutive vielfach auf Vertrauen. Politisches Vertrauen, von Putnam (2000) als Teil des Sozialkapitals beschrieben, stellt zudem eine zentrale Ressource für politisches Handeln dar, d.h. für die Möglichkeit Politik zu betreiben, was sich auch empirisch bestätigt hat (Ackermann & Freitag, 2015). Entsprechend stellt Vertrauen innerhalb der Politik ein zentrales Moment dar, dessen Betrachtung gerade in Krisenzeiten wichtige Erkenntnisse liefern kann.

Politisches Vertrauen ist ein Sonderfall des sozialen Vertrauens und als solcher eine „Disposition von Akteuren, anderen Akteuren auf Dauer bestimmte Handlungsressourcen wie Macht, Geld, Zeit, Information zur Verfügung zu stellen“ (Gabriel, 2002, S. 494). Bei politischem Vertrauen kann zwischen einer vertikalen und einer horizontalen Ebene, aber auch nach den Adressaten des Vertrauens unterschieden werden: handelt es sich um konkrete Personen, um bestimmte Institutionen oder noch umfassendere allgemeine Kategorien wie „den Staat“ oder „die Politik“. Daneben stellt sich die Frage, ob es sich um bewusstes, konkretes Vertrauen handelt, oder um „generalisiertes, [...] über Sozialisationsprozesse erworbenes Vertrauen“ (Kaina, 2004, S. 529).

Nach Easton hängt die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems zunächst von der Zustimmung der Wähler:innen und Bürger:innen ab, was er als *Input-Legitimation* bezeichnet. Er unterscheidet zudem zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung. Die spezifische Unterstützung bildet die Zufriedenheit der Bürger:innen mit konkreten *Policies* und politischen Akteuren ab (Easton, 1965, S. 268), während die diffuse Unterstützung, auf der die *Input-Legitimation* größtenteils basiert, stärker die allgemeine Bewertung des gesamten politischen Systems ins Auge fasst. Zudem gäbe es eine Wechselwirkung, sodass eine negativ wahrgenommene Performanz der politischen Akteure und Programme (= geringe spezifische Unterstützung) auf Dauer auch zu einer Erosion der diffusen Unterstützung führen könne. Ein generalisiertes Vertrauen sieht Easton dabei – neben der Legitimität eines politischen Systems – als zentrales Element der diffusen Unterstützung (Kaina, 2004).

Die Halbzeitwahlen 2022 in den USA: Ein Referendum gegen Trump und das Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts

Patrick Horst

Zusammenfassung:

Bei den Halbzeitwahlen 2022 in den USA haben die Demokraten besser als erwartet abgeschnitten. Die erwartete „rote Welle“ blieb aus, weil die Amerikaner sich gegen die Kandidaten Trumps und das Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts aussprachen. Die Republikaner gewannen die Wahl zum Repräsentantenhaus aufgrund des traditionellen Halbeizeffektes, der die Partei des Präsidenten bestraft, dennoch knapp. Im Senat konnten die Demokraten ihre Mehrheit um einen Sitz ausbauen; auch die einzelstaatlichen Wahlen und die Volksabstimmungen über das Abtreibungsrecht gewannen sie. Die zwischen Demokraten und Republikanern zukünftig geteilte Regierung lässt für die kommenden zwei Jahre innenpolitisch die Pflege des Erreichten und außenpolitisch Kontinuität erwarten.

1. Einleitung

Bei den Halbzeitwahlen („Midterm Elections“) in den USA wurden ein Drittel des Senats, das gesamte Repräsentantenhaus, 36 Gouverneure und 88 einzelstaatliche Legislativkammern sowie eine Reihe weiterer Ämter vom US-amerikanischen Volk gewählt, das darüber hinaus auch in zahlreichen Einzelstaaten über Sachfragen abstimmte. Der Präsident stand an diesem nationalen Wahltag nicht auf dem Wahlzettel. Dennoch urteilten die Wähler in den Halbzeitwahlen, wie der Name schon anklingen lässt, auch über seine Bilanz zur Hälfte der Amtszeit. Dieses Urteil fällt in der Regel schlecht bis katastrophal aus: Seit dem Ende des Amerikanischen Bürgerkrieges vor mehr als 150 Jahren gewann die Partei des Präsidenten überhaupt nur dreimal Sitze in der Ersten Kammer des Kongresses hinzu – 1934, als Präsident Roosevelt für seinen



Dr. Patrick Horst

bis April 2022 Akademischer Oberrat am Nordamerikastudienprogramm der Universität Bonn

„New Deal“ belohnt wurde, 1998 unter dem Eindruck des bevorstehenden Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Clinton und 2002, als die Amerikaner nach den Anschlägen des 11. Septembers Präsident George W. Bushs „War on Terror“ unterstützten. In allen anderen Jahren wurde die Partei des amtierenden Präsidenten abgestraft – mit einem durchschnittlichen Sitzverlust im Repräsentantenhaus von 27 Sitzen seit 1946. In Trumps ersten und einzigen „Midterms“ vor vier Jahren verloren die Republikaner 42 Sitze im Repräsentantenhaus (Horst 2019), Obamas Demokraten büßten 2010 sogar 64 Sitze ein. Im Senat ist der Halbzeyteffekt mit einem Verlust von durchschnittlich vier Sitzen seit 1946 aufgrund der längeren Amtszeit der Senatoren, ihrer gestaffelten Wahl (nur ein Drittel wird alle zwei Jahre gewählt) und ihrer größeren politischen Unabhängigkeit geringer ausgeprägt. In sechs der 19 Halbzeitwahlen nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Partei des Präsidenten ihren Sitzanteil im Oberhaus sogar halten oder leicht ausbauen (Vital Statistics: Table 2-4).

Vor dem Hintergrund dieser gesetzmäßigen Verluste zur Halbzeit einer Präsidentschaft grenzte es fast schon an eine Sensation, dass 2022 die erwartete „rote Welle“ der Republikaner ausblieb. Nur knapp gewannen sie die Mehrheit im Repräsentantenhaus, während sie im Senat sogar einen Sitz in Pennsylvania an die Demokraten verloren und weiterhin in der Minderheit verblieben. Bei den einzelstaatlichen Gouverneurs- und Legislativwahlen sowie bei den Volksabstimmungen über die Frage des Abtreibungsrechts in sechs Einzelstaaten fanden sich die Republikaner ebenfalls auf der Verliererseite wieder, was die Frage aufwirft, wie sich diese Ergebnisse erklären lassen. Handelt es sich bei dem „Gesetz des Halbzeitverlustes“ (Rudalevige 2022: 20) um ein unzureichendes Erklärungsmodell oder überlagerten 2022 außergewöhnliche Faktoren und Ereignisse die gewöhnlichen Halbzeyteffekte? Auffällig war, dass die Fragen nach der politischen Zukunft des ehemaligen Präsidenten Donald Trump und der Zukunft der US-Demokratie einen breiten Raum im Wahlkampf einnahmen. Auch das historische Urteil des Obersten Gerichts vom Juni, welches das fünf Jahrzehnte lang geltende Abtreibungsrecht in den USA widerrief, könnte insbesondere für viele Wählerinnen ein entscheidender Faktor ihrer Wahlmobilisierung und -entscheidung gewesen sein. Diese und andere Faktoren könnten dazu geführt haben, dass die wirtschaftliche Rezession in der ersten Jahreshälfte 2022 und die bis zum Juni auf Rekordniveau ansteigende Inflationsrate, die sich beide in einer historisch schlechten Zustimmungsrage des Präsidenten widerspiegelten, nicht wie erwartet auf die Wahlentscheidung durchschlugen. Welche innen- und außenpolitischen Schlussfolgerungen aus dieser für Präsident Biden und die Demokraten besser, für die Republikaner dagegen schlechter als erwartet verlaufenen Wahl gezogen werden können, soll am Ende dieses Aufsatzes kurz in den Blick genommen werden. Der Fokus richtet sich dabei auf die Konstellation des geteilten Regierens in den kommenden zwei Jahren und das transatlantische Verhältnis.

Zur Lage der Demokratie in Deutschland

Manfred G. Schmidt

In welcher Verfassung ist die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland?¹ Ist sie kerngesund, oder angeschlagen, vielleicht nur noch Fassade, oder gar todkrank?²

Beantwortet wird diese Frage in vier Schritten:

- (1) Zunächst wird Deutschlands Demokratietyp mit Hilfe der Regierungslehre porträtiert.
- (2) Hierauf folgen Nahaufnahmen der Verfassungswirklichkeit vor 1990 und seit der Wiedervereinigung.
- (3) Drittens wird geprüft, wie Deutschland im Lichte von vergleichenden Theorien abschneidet, die kritisch über die Demokratie urteilen.
- (4) Viertens wird Deutschlands Position im internationalen Vergleich von Demokratie- und Autokratiemessungen erkundet.

1. Der erste Blickwinkel: Deutschlands Demokratietyp im Lichte der Regierungslehre

In Deutschland wählt das Volk seine Repräsentanten. Diese bestimmen letztlich darüber, wer regiert. „Volk“ bedeutet: die Stimmberechtigten. Das sind hierzulande alle erwachsenen Staatsbürger männlichen und weiblichen Geschlechts. Die Wahl erfolgt im Rahmen von Parteienkonkurrenz, autonomer Opposition und verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten.



Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred G. Schmidt

Professor für Politische Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Institut für Politische Wissenschaft

Die Verfassungsarchitekten haben der Bundesrepublik Deutschland ein parlamentarisches Regierungssystem verordnet. Dieses Regierungssystem ist folglich weder präsidentiell (wie in den USA), noch semipräsidentiell (wie in Frankreich). In ihm sind Parlament und Parteien besonders einflussreich. So einflussreich, dass viele einen „Parteienstaat“ am Werke sehen.

Das ist nicht falsch, trifft aber nur einen Teil der Wirklichkeit, weil Tun und Lassen von Parlament und Parteien von verfassungspolitischen Vorgaben tief geprägt werden. Die Verfassung, das Grundgesetz, gebietet eine Demokratie und einen Rechtsstaat mit weit ausgebauten Grundrechten. Sie schreibt zudem einen Bundesstaat vor, verlangt eine Republik, fordert einen Sozialstaat und einen „offenen Staat“³. Dieser sieht laut Grundgesetz Artikel 24 die Abgabe von Souveränitätsrechten an inter- oder supranationale Organisationen vor. Zudem gelten die „allgemeinen Regeln des Völkerrechtes“ als „Bestandteil des Bundesrechtes“, so sein Artikel 25. Mehr noch: Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts haben Vorrang vor den nationalen Gesetzen – im Unterschied zur anglo-amerikanischen Rechtstradition, die nationalen Gesetzen „Vorrang (...) vor dem Völkerrecht“⁴ gibt.

Die verfassungspolitischen Weichenstellungen für die Demokratie in Deutschland verbieten eine schrankenlose Volksherrschaft. Sie verlangen vielmehr eine konstitutionell streng gezügelte Spielart der Demokratie, eine „verfassungsstaatliche Demokratie“. Eine verfassungsstaatliche Demokratie der besonderen Art, so ist hinzuzufügen. In ihr koexistieren nämlich zwei Demokratieprinzipien: eine Mehrheitsdemokratie und eine Konkordanzdemokratie.⁵ Das Mehrheitsprinzip kommt vor allem in den Wahlen zum Zuge, bei Abstimmungen im Parlament und im Bundesrat sowie generell im Parteienwettbewerb. Die Konkordanzdemokratie hingegen wurzelt im Bund-Länder-Geflecht und in den Hürden für Verfassungsänderungen. Deren Überwindung erfordert jeweils Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat: Diese setzt einen „Staat der Großen Koalition“⁶ voraus, auch wenn nur eine kleine Koalition die Bundesregierung führt.

Die Demokratie der Bundesrepublik hat 73 Jahre ohne Putsch, ohne Umsturzversuch, ohne Aufstand der Massen überstanden. 73 Jahre verdienen auch international Beachtung! Deutschlands Demokratie hat zudem den „Huntington-Test“ passiert: Mindestens zwei Machtwechsel ohne gewalttätige Revolte der Wahlverlierer bezeugen laut Huntington eine konsolidierte Demokratie.⁷ Die bis 1972 auf 91,1 Prozent ansteigende Wahlbeteiligung galt als eine weitere Stärke der deutschen Demokratie jedenfalls bis in die 1970er Jahre. Deutschland zählt auch in der Zeitgeschichte⁸ und in der Vergleichenden Regierungslehre als Demokratie. Klaus von Beyme ist Kronzeuge, allen voran seine Habilitationsschrift „Die Parlamentarische Demokratie“,⁹ sein „Der Gesetzgeber“¹⁰ und „Die Politische Klasse im Parteienstaat“¹¹ sowie seine „Einführung in das politische System der Bundesrepublik Deutschland“, die er letztmals 2017, in der 12. Auflage vorlegte. Klaus von Beyme beendete seine „Einführung“ mit einem Lob des Landes und seiner Demokratie: Ihre Geschichte sei, so sein Schlusswort, eine „Erfolgsstory“.¹²

Streit um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Edmund Budrich

Der Ausgangspunkt

Im Koalitionsvertrag (S. 94) der 2022 konstituierten Ampel steht als ein Vorhaben der neuen Bundesregierung der Satz: „Wir schaffen ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht“.

Der anschließende Text hat zu einer heftigen Auseinandersetzung in Politik und Gesellschaft, insbesondere aber zum Streit zwischen Regierung und Opposition, geführt. Wir markieren im folgenden Zitat die Streitpunkte:

Wir schaffen ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Dafür werden wir die *Mehrfachstaatsangehörigkeit* ermöglichen und den Weg zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vereinfachen. Eine *Einbürgerung soll in der Regel nach fünf Jahren* möglich sein, bei besonderen Integrationsleistungen nach drei Jahren. Eine Niederlassungserlaubnis soll nach drei Jahren erworben werden können. *In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern werden mit ihrer Geburt deutsche Staatsbürgerinnen bzw. Staatsbürger*, wenn ein Elternteil seit fünf Jahren einen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat. Für zukünftige Generationen prüfen wir, wie sich ausländische Staatsbürgerschaften nicht über Generationen vererben.

In Anerkennung ihrer Lebensleistung wollen wir die Einbürgerung für Angehörige der sogenannten Gastarbeitergeneration erleichtern, deren Integration lange Zeit nicht unterstützt wurde, indem wir für diese Gruppe das nachzuweisende *Sprachniveau senken*. Zudem schaffen wir eine allgemeine Härtefallregelung für den erforderlichen Sprachnachweis. Das Einbürgerungserfordernis der „*Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse*“ werden wir durch klare Kriterien ersetzen. Wir werden mit einer Kampagne über die Möglichkeiten zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit werben und begrüßen die Durchführung von Einbürgerungsfeiern ausdrücklich.

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

Anfang Januar 2023 wurde der Entwurf des Bundesinnenministeriums den anderen Ressorts der Bundesregierung zur Abstimmung zugeleitet.



Edmund Budrich
GWP-Herausgeber

Digitale *tools* zum Einsatz von Statistiken im Politikunterricht

Exploration, Analyse und Visualisierung von sozialwissenschaftlichen Daten

Florian Weber-Stein und Joachim Engel

1. Gesellschaftliche Datafizierung und Politische Bildung

Bereits im Vorwort seines Evaluationsberichts (Bundesgesundheitsministerium 2022) betonte der „Corona-Expertenrat“, dass „eine ausreichende und stringente begleitende Datenerhebung [fehlte], die notwendig gewesen wäre, um die Evaluierung einzelner Maßnahmen oder Maßnahmenpakete zu ermöglichen“ (ebd., S. 11). Exemplarisch wurde hier noch einmal deutlich, was mehr als zwei Jahre Pandemieerfahrung uns eindrücklich gelehrt haben: Das Abwägen von Risiken und Wahrscheinlichkeiten auf der Basis statistischer Daten hat für die Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die Legitimierung politischer Entscheidungen eine fundamentale Bedeutung erlangt (Deutsche Arbeitsgemeinschaft Statistik 2021). Die Bereitschaft zur Einhaltung beschlossener Maßnahmen zur Eindämmung des Virus verlangt in demokratischen Gesellschaften von Bürger:innen ein Verständnis von Fakten, Zusammenhängen und darauf abgestimmten Regeln. Damit Maßnahmen wirksam sind, müssen die Entscheidungsträger:innen transparente und überzeugende Erklärungen für ihre Entscheidungen abgeben. Dies stellt hohe Anforderungen an Fähigkeiten zur Kommunikation statistischer Informationen seitens der Gesundheitsbehörden und Medien sowie an die Bürger:innen, diese Botschaften nachzuvollziehen und kritisch zu reflektieren.

Dieser Zusammenhang entspricht einem generellen Trend der *Datafizierung* fast aller Bereiche der Gesellschaft. Aus der gestiegenen Bedeutung von Daten für politische Entscheidungen folgt eine Verantwortung des Bildungssystems, die Bürger:innen mit den Fähigkeiten auszustatten, Daten und Statistiken kompetent zu ‚lesen‘, kritisch zu hinterfragen und ggf. eigene Datenrecherchen und Erhebungen zu initiieren. Die



Prof. Dr. Florian Weber-Stein

Professor für Politikwissenschaft und Politikdidaktik, Institut für Sozialwissenschaften, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg



Prof. i.R. Dr. Joachim Engel

Professor für Mathematik und Mathematikdidaktik, Institut für Mathematik II, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

vom Stifterverband im Januar 2021 initiierte und von zahlreichen Institutionen und Personen unterstützte Data-Literacy-Charta (<https://www.stifterverband.org/charta-data-literacy>) fordert eine Vermittlung von Datenkompetenzen in allen Bildungsbereichen.

Die Autoren vertreten die Auffassung, dass zu diesem Zweck eine Integration von statistischer und sozialwissenschaftlicher Bildung von Bedeutung ist. Im Folgenden werden zunächst Konturen der durch Datafizierung gekennzeichneten Gegenwartsgesellschaft nachgezeichnet (2.), bevor der Diskussionsstand zum Verhältnis von statistischer und politischer Bildung knapp rekonstruiert wird (3.). Der Diskussionsstand spiegelt weder die aktuelle Verfügbarkeit von Daten noch Möglichkeiten ihrer dynamischen und handlungsorientierten Nutzung durch digitale *tools* wider. Vor dem Hintergrund einiger grundsätzlicher Überlegungen (4.) stellen wir drei *tools* zum Einsatz von Statistiken im Politikunterricht vor (5.). Ein Plädoyer für den Einbezug von Datenexploration in den sozialwissenschaftlichen Unterricht beschließt unsere Ausführungen (6.).

2. Datafizierung – Konturen und Trends

Innerhalb des allgemeinen Trends der Datafizierung lassen sich drei Entwicklungslinien differenzieren (Ridgway 2016, S. 528-549): Einerseits ist die Gegenwart gekennzeichnet durch ein *hohes Maß an Datentransparenz und -zugänglichkeit*: Zahlreiche Daten, bspw. von Behörden, Ministerien und statistischen Ämtern, liegen heute in öffentlich zugänglicher Form vor (*open data*). Sie können auf den Websites der Organisationen eingesehen, oftmals durch Apps dynamisch und individuell visualisiert, durchsucht und in verschiedenen Formaten heruntergeladen werden. Etliche zivilgesellschaftliche Akteure betreiben professionelles Daten-Monitoring, um Entwicklungen in den Bereichen soziale Ungleichheit, Entwicklung oder Demokratiequalität zu dokumentieren und stellen ihre Datensätze öffentlich zur Verfügung. Digitale Medien haben den Zugang zu Daten erheblich vereinfacht, es gibt kaum formelle Hürden oder Barrieren des Zugangs und diese eröffnen, den Idealen des *open data-movements* entsprechend, völlig neue Wege für das Engagement von Staatsbürger:innen in der Zivilgesellschaft.

Dieses positive Bild wird jedoch durch einen zweiten Trend erheblich eingetrübt: Neben *open data* gibt es nicht öffentlich zugängliche, *intransparente und komplexe Datensätze aus neuen Datenquellen (big data)*: Im Zuge der Internetnutzung, zunehmend aber auch der digitalisierten Erfassung von Bewegungen und Handlungen durch in die Lebenswelt integrierte Geräte (v.a. Smartphones) und Sensoren (z.B. Fitnesstracker), fallen in enormer Menge Daten als ‚Nebenprodukte‘ des Verhaltens an. Diese Daten können in vielfältiger Weise gekoppelt werden (z.B. Inhaltsdaten und Geodaten) und weisen eine hohe ‚Granularität‘ (Feinkörnigkeit) auf, die es u.U. ermöglicht, anhand von eigentlich anonymen Daten einzelne Individuen zu identifizieren. *Big data* fallen in der Regel bei wirtschaftlichen Akteuren an, den großen Telekommunikationsanbietern, Internet-Plattformen sozialer Netzwerke und Suchmaschinenbetreibern, sie sind dementsprechend i.d.R. nicht öffentlich und ihre Analyse verlangt hochspezialisierte

Vom Niedergangsszenario zu hoffnungsvollen Perspektiven. Über die Entwicklung der (Post)Demokratie in der letzten Dekade

Über Colin Crouchs „Postdemokratie revisited“

Helmar Schöne

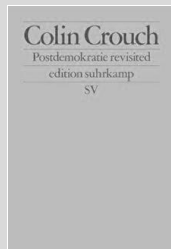
Nicht vielen Autoren gelingt es mit einem Buchtitel begriffsbildend zu werden. Dem Soziologen Ulrich Beck ist das zum Beispiel mit seiner „Risikogesellschaft“ in den 1980er Jahren geglückt. Fraglos gehört auch Colin Crouch in diesen Kreis. „Postdemokratie“ ist zu einer enorm popularisierten Beschreibung für den Wandel der Demokratie im 21. Jahrhundert geworden, die es bis in die Feuilletons geschafft hat. Das Buch Postdemokratie erschien in der deutschen Auflage im Jahr 2008, vier Jahre nach der englischen Originalversion. Dreizehn Jahre später legt der Autor ein Nachfolgewerk „Postdemokratie revisited“ vor, in dem er eine aktuelle Bestandsaufnahme seiner Demokratiediagnose vornimmt. Diesmal brauchte die Übersetzung ins Deutsche nur ein Jahr.

Um die Postdemokratie zu beschreiben verwendet Crouch das Bild einer Parabel. Die Hochphase der Demokratie bildet den Scheitelpunkt der Parabel. Diesen „Augenblick“ der Demokratie sieht er in Nordamerika kurz vor dem 2. Weltkrieg, in Deutschland ab den 1960er Jahren. In diesen Phasen gelang es der Politik, den Märkten Grenzen zu setzen und wichtige gesellschaftliche Bereiche – etwa den Bildungsbereich und die sozialen Sicherungssysteme – der Marktregulierung zu entziehen. Das war möglich, weil die Nationalstaaten einen Rahmen für die politische Steuerung ihrer Gesellschaften boten. Die Verringerung sozialer Ungleichheit und demokratische Modernisierung galten als zwei Seiten einer Medaille. In der Tat waren diese Phasen durch ein wachsendes Niveau der politischen Beteiligung bestimmt, wie es vorher kaum existiert hat.



Helmar Schöne

Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd



Colin Crouch (2021)

Postdemokratie revisited, Berlin: Edition suhrkamp, 278 S.